

# Warnung der USA an Peking

## Moskau verspricht Rotchina Hilfe — Besorgnis in England

Washington/Taipeh (ap/dpa). Angesichts der anhaltenden militärischen und politischen Spannungen im Fernen Osten warnte der amerikanische Heeresminister Brucker die chinesischen Kommunisten davor, die Erklärungen Eisenhowers und Dulles' über die amerikanische Haltung im Fernost-Konflikt zu „unterschätzen“.

Brucker, der mit dem national-chinesischen Staatspräsidenten Tschiangkaischek und führenden Offizieren in Taipeh Besprechungen geführt hatte, warnte die Kommunisten vor einer Störung des Friedens im Fernen Osten.

In Washington hat eine Erklärung der „Prawda“ zum Fernost-Konflikt ernste Besorgnis ausgelöst. Das offizielle Organ der KPdSU hatte erklärt, die Sowjetunion werde die Chinesische Volksrepublik in ihrem „gerechten Kampf um die Befreiung Formosas und der vorgelagerten Inseln“ moralisch und materiell unterstützen. Für den Fall eines bewaffneten amerikanischen Eingreifens in den Konflikt sagte die „Prawda“

eine Ausweitung der kriegerischen Auseinandersetzungen auf „andere Räume“ voraus. In der amerikanischen Bundeshauptstadt wird nach dieser Erklärung, die bedeutend weiter ging als frühere sowjetische Versprechen an Peking, zumindest mit einem Versuch der chinesischen Kommunisten zur Einnahme der kleinen Tan-Inseln gerechnet, um die amerikanische Reaktion zu erforschen.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte erstmals, daß sein Land die Situation in der Formosa-Straße mit Sorge betrachte. Die britische Regierung habe diesbezüglich Fühlung mit Washington aufgenommen.

schon damals Carlo Schmid, Für Berlin sprachen Ernst Reuter und Jakob Kaiser.

Was sich dann — wohlüberlegt nicht Verfassung, sondern nur Grundgesetz genannt — als Werk des Parlamentarischen Rates präsentierte, lag im doppelten Schatten: dem Dunkel der kaum überstandenen Katastrophe Deutschlands und der sich verfestigenden Teilung. Uffo wiederum, wie schon 1919, mußte die demokratische Regierungsform auf den Trümmern der Vergangenheit errichtet werden, um nüchtern und glanzlos ein staatliches Notgerüst abzugeben. Auch die düsteren Erfahrungen der Weimarer Republik galt es zu verwerten. Es geschah gründlich. Das konstruktive Mißtrauensvotum verschaffte dem neuen Staatswesen eine in der deutschen Demokratie unbekannte Stabilität der einmal gewählten Regierung. Auch gab es keine Wiederholung der fast unumschränkten Vollmachten eines Reichspräsidenten auf Grund des berüchtigten Ausnahmeparagraphen 48.

## Zehn Jahre danach

DT. Berlin (Eigenbericht).

Ohne Beispiel und ohne Vorbild in der Geschichte — so formulierte vor zehn Jahren der Alterspräsident einer Versammlung von 65 Männern und Frauen die Aufgabe des Parlamentarischen Rates. Sie waren nicht vom Volke direkt gewählt. Das bedrückte sie alle. Die Landtage der damaligen deutschen Länder hatten sie delegiert, und dem Entschluß der drei westalliierten Regierungen verdankten sie ihren Auftrag. Vorausgegangen waren die glückte Währungsreform vom 20. Juni, aber auch die Spaltung Berlins und die sich abzeich-

nende Abschnürung der Zone vom gesamtdeutschen Dasein.

Ein Jahr später war es dann soweit: in Bonn am Rhein trat der erste Bundestag der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Die Voraussetzungen dafür hatten diese 65 zwischen dem 1. September 1948 und dem 23. Mai 1949 geschaffen, als sie in vielen keine Arbeit scheuenden Sitzungen das Grundgesetz berieten, formulierten und verabschiedeten. Der Präsident dieser Versammlung hieß Konrad Adenauer. Einer der eifrigsten und erfahrensten Mitarbeiter war Theodor Heuss. Der rednerisch wirkungsvollste war

Ganz klar aber war den Männern des Parlamentarischen Rates das Provisorische ihres Werkes. Die neue Ordnung, so steht es im Grundgesetz, soll das staatliche Leben eines Deutschlands nur für eine Übergangszeit regeln, und nach wie vor bleibt das deutsche Volk aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Es ist keine Abwertung der seitdem in Bonn geleisteten Arbeit, wenn wir heute in der alten Reichshauptstadt feststellen, daß die Bundesrepublik auf Grund des Gesetzes, nach dem sie antrat, etwas Unvollendetes bleibt, bis für alle Deutschen die Einheit in Frieden und Freiheit erkämpft ist.

## Nichts als ein Film

K. W. B. Film erregt Aufsehen. Weil er dies tut, bevor er über eine bundesdeutsche Leinwand gerollt war, muß man untersuchen, was diese zudringliche Publizität auf sich hat, wer sie gewollt, wer sie verursacht hat und welchen Nutzen oder Schaden sie schaffen kann; denn die Hersteller dieses Films haben Wert darauf gelegt, ehe das Publikum und die Kritiker ihre Meinung dazu sagen konnten, ihren Film aus der Masse der Produktionen mit dem Hinweis herauszuheben, er solle eine bewußte Attacke gegen das werden, was man in Deutschland und in der Welt sich angewöhnt hat, das „Wirtschaftswunder“ zu nennen. Ob diese frohgemute Offenheit eine Folge des allgemeinen Naserümpfens war, das der mancher politischer Wanderlust ausgesetzte Journalist Erich Kuby überall einstecken mußte, als er kurz nach dem Mord an der Frankfurter Lebedame Rosemarie Nitribitt ankündigte, er werde das Leben und Dasein dieses Mädchens der Sünde zum Drehbuch machen, steht dahin. Das Stichwort: ein Film gegen das Wirtschaftswunder und seine Moral wurde landauf und landab kolportiert, wenn der delikate Stoff in Zeitungen und Zirkeln besprochen wurde, wenn Notizen aus den Ateliers und Nachrichten von Pannen und Widerständen bei der Herstellung des Films bekannt wurden. Ohne daß Gelegenheit gewesen wäre, daß jemand in den Brutkasten dieses Films hätte hineinschauen können, wurde an der Stimmung gearbeitet, hier entstehe ein Streifen, der einmal die soziale, menschliche und wirtschaftliche Struktur dieser so kräftig entwickelten Bundesrepublik als einen bösen Schwarm von amoralischen Empfindungen und Situationen entlarven werde.

\*  
Diese Stimmungsmache um etwas Unausgegrenztes wurde kritisch, als ihr das Auswärtige Amt in Bonn zum Opfer fiel. Der Film war — wieder einmal mangels anderer reizvoller und gewichtiger deutscher Erzeugnisse — von den Festspielen in

Venedig zur Aufführung vorgesehen. Dies bewegte das Auswärtige Amt, dessen verantwortliche Ratgeber den Film offensichtlich auch noch nicht hatten sehen können, zu einem Schritt, der für den Film vermutlich erst jene ungehörliche Begehrlichkeit geweckt hat, der die Kinos nun überfüllt. Mit der Begründung, er sei möglicherweise geeignet, falsche Vorstellungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik zu verbreiten, intervenierte das Auswärtige Amt — freilich vergeblich — bei der Festspielleitung in Venedig gegen die Aufführung des Films. Ist es schon immer mißlich, wenn der Staat sich gegen eine kritische Darstellung im Bezirk der Künste wehrt, so war das Bonner Amt im Falle Nitribitt wohl ganz besonders schlecht beraten. Soll sich das kommunistische Polen dagegen verwahren, daß im „S. Wochentag“, dem deutsch-polnischen Gemeinschaftsfilm, der polnische Alltag von heute zu düster und zu unerfreulich erscheine —, sollen sich die totalitären Staaten reglementierend in die Brust werfen, wenn ihnen im Film, in der bildenden Kunst oder in der Literatur die Null-Acht-Fünfzehn-Linie der orthodoxen Seligkeit verbogen erscheint — ein freier Staat wie die Bundesrepublik kann den Respekt vor sich und einer Leistung nicht durch einen Film verlieren.

\*

Da der Film nun gezeigt wird, gehen die Meinungen der Kritiker in Lob und Tadel wohl auseinander, aber sie sind sich einig, daß der Anspruch, der deutschen sozialen Fundamentierung entlarvend unter die Haut zu greifen, weder von der Auswahl der Figuren oder gar der Typen und schon gar nicht mit der Ansiedelung dieses Unternehmens im Milieu einer großstädtischen Lebedame von heute gelungen ist. Die Herren in Bonn hätten sich den voreiligen Schutzalarm für den Staat, der wir alle sind, ersparen können. Es wäre jetzt Zeit und Anlaß genug gewesen, darüber zu urteilen, ob wir insgesamt richtig konterfeit, oder ob wenigstens eine Seite unseres neuen gesellschaftlichen Daseins richtig getroffen sei.

Wenn die Produzenten des Films von der Rosemarie nun meinen, endlich die Zeitnähe gefunden zu haben, zu der sie erst bei den Berliner Filmfestspielen der Bundesinnenminister so energisch animiert hat, so müssen sie jetzt bei der kritischen Nachlese, die sie anstellen werden, feststellen, daß sich entweder das Objekt, das sie ausgesucht haben, nicht gefügig gezeigt hat — oder ihre Absicht, im einzelnen etwas Typisches aufzuzeigen, ein rechter Schlag ins Wasser war. Dies eben sind nicht die Elemente der deutschen wirtschaftlichen und sozialen Situation, die ihre Satire in Zelluloid bewegen und erstarren ließ. Man mag sich hier an die kabarettistischen Figuren der Raffikes aus den bösen Inflationsjahren der Weimarer Zeit erinnern, mag das hektische Amüsement einer wirklich am Rande von Angst und Elend schmarotzenden Auch-Gesellschaft jener zwanziger Jahre in die Erinnerung zurückzwingen: Mit dem, was in den letzten zehn Jahren der Bundesrepublik an sozialem und gesellschaftlichem Wohlstand gewachsen ist, hat das sowenig zu tun, wie die Moritaten-Moral der Kuby-Chansons mit dem anklägerischen Pathos der Drei-Groschen-Oper. An der wirtschaftlichen Struktur unserer Nachkriegsgesellschaft ist gerade das Auffällige, daß sie eine alle Schichtungen der Gesellschaft in gleicher Weise mitziehende Entwicklung gezeigt hat. Noch viele Schatten werden gewiß in diese Gesellschaft geworfen. Aber das soziale Bild unserer Tage unterscheidet sich gerade so wesentlich von dem vor einem Menschenalter, daß es niemand mehr in Heil-Dunkel zu malen vermöchte.

\*

Das „Wirtschaftswunder“ ist für alle die, die in ihm aktiv tätig gewesen sind, alles andere als eine Blume, die niemand gesät und niemand gedüngt hat. Gerade weil aus einer Unsumme von Fleiß und Leistung aller beteiligten Volksschichten dieser Hochstand einer wirtschaftlichen Gesundheit erwachsen ist, sollte man sich abgewöhnen, ihn als Wunder zu verdächtigen.

# Ärzte gegen „Politik am Krankenbett“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin (Eigenbericht). Der Flüchtlingsstrom aus der Zone reißt nicht ab. Aber es sind nicht nur Wissenschaftler und Ärzte, die ihren Arbeitsplatz aufgeben, sondern Angehörige fast aller Berufssparten wählen den Weg in die Freiheit. Als Begründung für ihre Flucht geben die meisten übereinstimmend an: Der politische Druck wird unerträglich, die administrativen Maßnahmen der SED zwingen dazu, die Reisepässe läßt keinen anderen Ausweg. Die Folgen des Paßgesetzes sind: mehr Flüchtlinge.

### HALLE

Betriebsleiter und Geschäftsführer von Hotels und Konsumgenossenschaften verließen ihren Arbeitsplatz. „Der Druck von oben“, sagen sie, wird immer stärker. Fachkräfte wandern ab, weil die Normenschaufel unerfreulich ist, weil die Bekenntnisse, die von der SED verlangt werden, unzumutbar sind. „Um jede Rolle Toilettenpapier muß sich der Geschäftsführer eines Hotels selber kümmern. „Obwohl es uns materiell einigermaßen ging, so waren die politischen Verhältnisse abscheulich.“ Das sind Stimmen von Flüchtlingen, die in diesen Tagen nach Westberlin kamen.

Preissenkungen wegen schlechter Qualität: Das Modehaus Halle in der Klement-Gottwald-Straße, das Modehaus Fortschritt und das Kaufhaus Aktivisten senkten ihre Preise für Ladenhüter. Ein Anzug wurde von 117 Ostmark auf 59 Ostmark gesenkt. Die Geschäftsführer kommentieren: Der Warenumsatzplan stimmt nicht mit dem Warenbereitstellungsplan überein.

„Schluß mit der Urlaubsstimmung“ schreibt die SED-Zeitung Halle und fordert alle Werktätigen zur Mithilfe bei den Erntearbeiten auf.

Im Steintor-Variété beginnt am 1. September ein neues Programm. Zum erstenmal mit Agit-

prop-Berträgen, die den Aufbau des Sozialismus verherrlichen sollen.

### ROSTOCK

„Politik am Krankenbett“ heißt eine Diskussion, die von der Rostocker „Ostseezeitung“ begonnen wurde. Die SED beabsichtigt, die Medizin zu politisieren. Die Ärzte sollen künftig ihre Patienten psychologisch beeinflussen. Nur wer politisch den richtigen Standpunkt habe, könne Voraussetzungen für eine Heilung mitbringen. In einer Leserschrift stellte Dr. Lange, Chirurg aus Born/Darss dazu fest: „In meiner ganzen Praxis ist es mir als Chirurg bisher nur bekannt gewesen, daß ein Magengeschwür und eine eitrige Blinddarmentzündung nicht anders als mit dem Operationsmesser geheilt werden konnte.“

Oper und Operette, die über 50 Prozent der Spielpläne der Rostocker Theater ausmachen, sollen sozialistische Stücke aufzuführen, um „die Höhen der Kultur zu erstürmen.“ Der Anteil der Arbeiter und Bauern muß dabei „planmäßig“ erhöht werden.

### SUHL

Reiseanträge ohne Begründung abgelehnt. Antragstellern, die in die Bundesrepublik reisen wollten, wurden ihre Reisen ohne Begründung abgelehnt. Selbst ältere Personen bekommen keine Erlaubnis. Anträge für Umzüge von Ost nach Westen dürfen nicht mehr gestellt werden. Die Verbitterung der Bevölkerung führte zu heftigen Klagen auf Einwohner-versammlungen. „Die SED-Funktionäre haben doch ein Herz aus Stein“, sagten Teilnehmer der Versammlung.

## SSD überwacht Bankkonten

### Jede größere Geldbewegung muß gemeldet werden

Berlin (dpa). Die Abwanderung aus der DDR hat den Sowjetzonen - Staatssicherheitsdienst nunmehr veranlaßt, mit besonderer Aufmerksamkeit Geldbewegung auf den Konten der Banken und Sparkassen in der Zone zu beobachten. Wie von gut unterrichteter Seite bekannt wird, sind alle Banken und Sparkassen kürzlich angewiesen worden, unverzüglich den SSD zu informieren, wenn Konteninhaber Summen über 1000 DM abheben. In solchen Fällen erfolgt eine automatische Verständigung des Staatssicherheitsdienstes, der daraufhin den Konteninhaber überwacht. Auch der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei im Wohnbezirk des Betreffenden wird dann angewiesen, mehr auf den Konteninhaber achtzugeben. Der Staatssicherheitsdienst ist ferner dazu übergegangen, Möbelverkäufe zu beobachten. Bei größeren Verkäufen entsteht beim SSD sofort der Verdacht auf „Republikflucht“.

In den ersten sechs Monaten

des Jahres 1958 sind in der Sowjetzone nur noch 310 677 Reise-genehmigungen für Reisen in die Bundesrepublik ausgegeben worden. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es 1 196 301. Damit sind infolge der verschärften Sperrmaßnahmen der Zonenbehörden die Reisen in die Bundesrepublik auf weniger als ein Drittel des bisher üblichen Umfangs herabgesunken. Wie das Informationsbüro West am Freitag mitteilt, handelt es sich bei den genannten Zahlen um offizielle Ostberliner Angaben, die jedoch bisher noch nicht publiziert worden sind.

In der Ostberliner Verlautbarung wird laut wie darauf hingewiesen, die „Richtigkeit“ der Einschränkung des Reiseverkehrs ergebe sich auch daraus, daß im Juni 1958 nur 6,6 v.H. derjenigen in Westdeutschland geblieben sind, die durch eine genehmigte Besuchsreise dorthin fahren konnten. Im August des Vorjahres habe dieser Prozentsatz 62,9 betragen.

# Große Konferenz um winziges Atom

## 5000 Wissenschaftler und Techniker tagen in Genf

P. Genf (Anfang September). Zum zweiten Male innerhalb von wenigen Wochen steht Genf, die Stadt der internationalen Konferenzen, im Zeichen des Atoms, das für die Menschheit heute Schreckensgespenst und Hoffnung zugleich ist. Nach Abschluß der erfolgreichen Sachverständigenkonferenz, die sich erst kürzlich mit den Möglichkeiten der Feststellung und Kontrolle atomarer Explosionen befaßte, sind jetzt 5000 Experten aus mehr als 60 Ländern der Welt in das „Palais der Nationen“ eingezogen, um über Probleme der friedlichen Verwendung der Atomenergie zu beraten.

### „Atome für den Frieden“

Die Geschichte der zweiten UNO-Konferenz für die friedliche Verwendung der Atomenergie reicht genau fünf Jahre zurück. In der ersten Dezemberwoche 1953 hielt Präsident Eisenhower seine denkwürdige Rede, deren Forderung „Atome für den Frieden“ inzwischen zu einem weltweiten Programm geworden ist. Es war der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission-Politiker, der wenig später vorschlug, daß sich die Atomwissenschaftler der Welt zu einer internationalen Konferenz in Genf zusammenfinden sollten. Diese Anregung wurde von der UNO-Vollversammlung aufgegriffen, und schon im August des folgenden Jahres wurde die Atomkonferenz in Genf Wirklichkeit. 3000 Experten aus 72 Ländern reisten in die Schweiz, 1070 wissenschaftliche Arbeiten wurden vorgelegt.

Zehn Jahre waren damals seit Hiroshima und Nagasaki vergangen. Aber immer noch waren die vielschichtigen wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Atomphysik militärisches und politisches Geheimnis. Und eben in Genf wurden diese Themen erstmals in Referaten und freimütigen Gesprächen erörtert. Über alle nationalen Grenzen hinweg bahnte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit an. Probleme wie atomare Energiegewinnung,

Strahlungsschäden, Atomkraftwerke und auch die Radioaktivität als Hilfsmittel in der Medizin standen zur Diskussion. So groß war der Erfolg dieser Konferenz, daß man beschloß, drei Jahre später wieder zusammenzukommen.

### Hauptpunkt Kernverschmelzung

Nun also ist es soweit. Genf hat wie so oft sein Festkleid angelegt, der Springbrunnen draußen am Hafen schleudert seine Wasserkaskaden hundert Meter hoch in den Himmel. Die Autogrammjäger haben es dieses Mal nicht auf Schauspieler oder Sportler, sondern auf Nobelpreisträger abgesehen. Auf der vorläufigen Tagesordnung stehen Themen über Themen, die zum Teil selbst manchem Wissenschaftler Rätsel aufgeben werden. Aber Fragen, wie die Verwendung radioaktiver Isotopen, die Produktion elektrischer Energie in Kernkraftwerken und natürlich das Problem der Sicherheit und Gesundheit der Menschen im Atomzeitalter stehen zur Debatte. Mittelpunkt aller wissenschaftlicher Diskussionen verspricht aber das Bemühen zu werden, eine kontrollierte Kernverschmelzung herbeizuführen.

Zahllose Fortschritte sind in den letzten Jahren auf dem weiten Gebiet der Atomforschung gemacht worden: immer modernere Reaktoren sind entstanden, atomangetriebene Unterseeboote unterfuhren das Polareis, die Medizin hat sich der Fortschritte der Isotopen-Forschung bedient. Gewichen ist von den Experten die Sorge um ausreichende Mengen an Kernbrennstoffen, denn Uran und Thorium werden in genügenden Mengen auf dem Weltmarkt angeboten.

Die vor drei Jahren in Genf erstmals erwähnten Versuche, durch eine kontrollierte Kernverschmelzung neue Energiequellen zu erschließen, hat vor allem in der westlichen Welt zu bescheidenen Erfolgen geführt, wenngleich man auch heute noch nicht weiß, wann diese

Probleme endgültig gelöst sein werden.

### „Heiße Chemie“

Über alle Entdeckerfreude ist der Mensch nicht vergessen worden. Gerade in den letzten Monaten rückte wieder einmal durch eine Untersuchung der UNO die Strahlengefahr und der Strahlenschutz in den Mittelpunkt der Diskussionen. Die „heiße Chemie“ ist für Medizin, Technik und Landwirtschaft unentbehrlich geworden, mit strahlenden Isotopen, wie sie im Reaktor anfallen, kann man Krankheiten feststellen und heilen, Eisenträger auf verborgene Fehler untersuchen und den Weg eines Düngemittels von der Wurzel bis in die feinsten Blattverästelungen verfolgen.

### Zukunft ohne Angst

Dann aber kommt das große Aber. Denn: die Radioaktivität kann Leben zerstören oder verkürzen. Sie hatte ihre ersten Opfer unter denen gefunden, die sie entdeckten, und heute weiß man, daß sich alle den Keimzellen jemals verabreichten Strahlen im Laufe des Lebens summieren. Die Genetiker warnen und warnen: radioaktive Strahlen können die Erbfaktoren verändern! Schon die nächste Generation ist bedroht! Aber sind das nur Vermutungen oder exakte wissenschaftliche Erkenntnisse? Hart prallen hier noch die Meinungen aufeinander.

Über all diese Themen wird in Genf debattiert. Der Russe wird mit dem Amerikaner sprechen, der Japaner mit dem Deutschen, das Wort „Atom“ hat ein Band der Verständigung um unseren Erdball geschlungen. Und so ist diese Konferenz auch mehr als nur eine der üblichen internationalen wissenschaftlichen Tagungen. Sie ist ein Politikum, ein Schritt vorwärts zur Verständigung der Menschen, sie ist ein Mosaikstein auf dem Weg zu dem Ziel, das Deutschlands bekannter Physiker Pascal Jordan erst kürzlich als unausweichbare Folge der Entdeckung der Atomspaltung prophezeite: eine Weltregierung, die die Menschheit in eine Zukunft ohne Angst führen wird.

## Lemmer: „Die Zone blutet aus“

**Täglich fliehen 600 Menschen — Warnung an Machthaber**

Berlin (dpa/ap). Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, erklärte in einer Rundfunkansprache, daß die zunehmende Unruhe der Bevölkerung in der Sowjetzone der Bundesregierung Sorge bereite. Trotz der sowjetzonalen Gesetze und Maßnahmen gegen die „Republikflucht“ sei der Flüchtlingsstrom von Woche zu Woche stärker geworden. Die Sowjetzone blute aus. „Will man den Eisernen Vorhang noch mehr verdichten, die Strafen noch weiter erhöhen, den Druck bis ins Unerträgliche steigern? Hat man den 17. Juni 1953 und seine Lehren völlig vergessen?“ fragte Lemmer und fuhr fort: „Die zunehmende Unruhe der Bevölkerung in der Zone macht auch uns Sorgen, und wir wünschen, daß sich niemand zu Unbesonnenheiten hinreißen oder herausfordern läßt.“

Lemmer berichtete über die Flucht des Rektors der Universität Jena und sagte, diese Blamage für die Machthaber in Ostberlin habe Aufsehen in der ganzen Welt erregt. „Wir empfinden darüber keine Schadenfreude, weil dieser Vorgang die ganze Traurigkeit deutscher Wirklichkeit offenbart.“ Der Minister bedauerte vor allem die Flucht der Ärzte. Sie bringe Gefahren mit sich für die Gesundheit der Bevölkerung und sei vor allem deshalb bedauerlich, weil die Ärzte neben den Geistlichen in besonderer Weise das Vertrauen des Volkes genießen. Nachdem in neun Jahren über zwei Millionen Menschen aus der Zone nach dem Westen gegangen seien, könne er dem SED-Regime nur den einfachen Rat geben, die Bar-

rieren hinwegzuräumen. So könne vielleicht, erklärte Minister Lemmer, ein Zustand geschaffen werden, der die Fluchtgründe verringere. Einstweilen aber meldeten sich täglich in Westberlin rund 600 Flüchtlinge.

Abschließend wies der Minister auf das schwere Flücht-

lingslos hin und appellierte an alle Gutwilligen, dieses Martyrium zu beendigen. „Wir denken dabei auch an Moskau, wo man sich doch über den wahren Sachverhalt nicht täuschen kann. Für den Frieden in der Welt und für die Freundschaft aller Völker wäre viel gewonnen, wenn der Kreml dem grausamen Spiel zwischen Oder-Neiße und Werra-Elbe ein Ende machen würde.“

## Studentenaustausch mit Polen?

**Keine Stipendien — Stellungnahme des Auswärtigen Amtes**

Bonn (ap). Die Bundesregierung befürwortet einen deutsch-polnischen Studentenaustausch „sehr“, erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes vor der Presse in Bonn. Eine Möglichkeit, Stipendien an polnische Studenten zu geben, bestehe aber nicht, da die Bundesrepublik mit Polen keine diplomatischen Beziehungen unterhalte. Der Sprecher nahm damit zu einem Memorandum des Verbandes deutscher Studentenschaften vom Donnerstag Stellung, das den zuständigen Ausschüssen des Bundestages und dem Auswärtigen Amt zugeleitet worden war. In seinem Memorandum hatte der VdS eine Intensivierung der studentischen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen im Interesse künftiger politischer Gespräche zwischen beiden Regierungen befürwortet.

**Stipendien für Algerien gefordert**

Der Verband deutscher Studentenschaften (VdS) hat ferner an die Bundesregierung appelliert, algerischen Studenten politisches Asyl und Stipendien zu gewähren, da sonst ein großer Teil der Intelligenz Nordafrikas in den Sog der Ostblockstaaten gerate. Wie der stellvertretende VdS-Vorsitzende, Leonhard Hollschuh, am Freitag vor der Presse in Bonn erklärte, hat das Auswärtige Amt Stipendien für algerische Studenten bisher abgelehnt, um Frankreich nicht zu verärgern. Trotzdem wolle der VdS nochmals beim Auswärtigen Amt vorstel-

lig werden und darüber hinaus an die westdeutschen Unternehmen, die in Nordafrika geschäftlich engagiert sind, wegen Spenden zugunsten nordafrikanischer Studenten herantreten.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte dazu auf der Pressekonferenz, die Bundesregierung sei sich bewußt, daß der Osten eine Abwerbungskampagne unter den algerischen Studenten betreibe. Die Bundesregierung sei aber mit dem VdS wegen dieser Angelegenheit in Kontakt und werde bemüht sein, eine auch die algerische Seite befriedigende Lösung dieser Frage zu finden.

## Otto-Suhr-Büste enthüllt

Berlin (Eigenmeldung). Im Rahmen eines Festaktes, an dem zahlreiche Persönlichkeiten des politischen Lebens, unter ihnen auch der Bundesbevollmächtigte Dr. Vockel, teilnahmen, wurde in der Brandenburghalle, im Rathaus Schöneberg, die Otto-Suhr-Büste von Renée Sintenis enthüllt. Zum ersten Jahrestag des Todes von Otto Suhr würdigte der Regierende Bürgermeister Brandt vor allem die tapfere, menschliche Haltung seines Vorgängers, der vermutlich schon zwei Jahre zuvor sein Schicksal voraussah. Er habe sein Leiden mit solch einer Energie beiseite geschoben, daß man ihm nur den größten Respekt zollen könne.

## Über 6000 Zonenflüchtlinge

Bonn (ap). Der Strom der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone hat sich in den letzten vier Wochen laufend verstärkt. In der abgelaufenen Woche beantragten nach Mitteilung des Bundesvertriebenministeriums 6079 Personen im Bundesgebiet und in Westberlin die Notaufnahme.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2.

# Absage an den Krieg überhaupt

Das Ergebnis von Nyborg — Nüchterne Betrachtungen des Weltkirchenrates

B. Hannover (Eigenbericht). „Die immer entschlossener wiederholte Absage an den Krieg überhaupt und die Tatsache, daß mit dem gleichen Ernst und Nachdruck wie schon auf der Weltkirchenkonferenz in Evanston und dann vor einem Jahr auf der Tagung des Zentralausschusses des Weltkirchenrats in New Haven die atomare Abrüstung verlangt worden ist, scheinen mir im Blick auf die großen internationalen Fragen die wichtigsten Ergebnisse der am Freitag beendeten neuntägigen Beratungen in Nyborg zu sein“, sagte Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Dänemark in einer Unterredung. Dabei sei mit wirklicher Verantwortlichkeit geprüft worden, wie eine atomare Abrüstung am besten und wirkungsvollsten durchgeführt werden könne.

Selbstverständlich hat es auch in Nyborg keineswegs eine einheitliche Beurteilung aller Detailfragen durch die 90 Mitglieder des Zentralausschusses des Weltkirchenrats gegeben, die mehr als 170 Kirchen des ganzen Erdballs vertreten und die zwischen den großen Weltkirchenkonferenzen in jedem Jahr einmal zusammentreten. Insbesondere in der Frage der atomaren Rüstung sind auch in Nyborg die gleichen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten sichtbar geworden wie in den großen politischen Körperschaften oder — kirchlich gesehen — etwa auf der gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Auch in Nyborg reichte der Spannungsbogen vom absoluten Verzicht auf jede Anwendung der Atomwaffen bis zu der nüchternen Feststellung, die den Gebrauch der Atomwaffen unter gewissen Bedingungen zur Abschreckung des Gegners und zur Verhütung des totalen Krieges in einer radikal beschränkten Form für unvermeidlich erklärte.

Diese Gegensätze konnten naturgemäß auch in Nyborg nicht ausgeräumt werden, und

auch alle über diese Frage geführten theologischen Debatten, die sich nicht zuletzt auf einen in drei Jahren erarbeiteten Kommissionsbericht stützten, an dem auch die deutschen Professoren v. Weizsäcker und Thieliicke mitgearbeitet haben, konnten nicht zu einer übereinstimmung führen. So ist denn dieses wichtige Dokument in

Nyborg nicht zur Abstimmung gestellt, sondern nur mit Dankbarkeit entgegengenommen worden. Die Arbeit an ihm soll weitergeführt werden.

Die Tatsache, daß auch Vertreter östlicher Kirchen mit am Verhandlungstisch saßen und in voller Einmütigkeit mitberieten, verleiht auch dieser Entschlußbesonderes Gewicht.

## Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe

Berlin (epd). „Für die Kirche Jesu Christi gibt es nur eines: daß diese massenmörderischen Instrumente verschwinden müssen aus der Welt“, sagte Bischof Dibelius vor über 15 000 evangelischen Christen aus Ost- und Westberlin auf dem traditionellen Tag der Berliner Inneren Mission in der Waldbühne. Schon auf der Weltkirchenkonferenz der christlichen Kirchen in Evanston vor vier Jahren sei beschlossen worden, daß es mit den Atombomben ein Ende haben müsse. In diesem Zusammenhang wies der Bischof die sich ständig wiederholenden Behauptungen zurück, er habe in Evanston erklärt, mit der Atombombe sei das gar nicht so schlimm, da kämen ein paar 100 000 Menschen ein bißchen früher in den Himmel und das schade nichts. Man wisse „drüben“, daß diese Behauptungen „vom ersten Buchstaben bis zum letzten erlogen“ seien. „Und trotzdem hört das nicht auf“. Unwahrhaftigkeit sei doch unanständig, nicht bloß, wenn man Christ sei.

Ferner hob der Bischof entgegen anderslautenden Pressemeldungen hervor, daß er auf der Tagung des Weltrats der Kirchen in Nyborg nur einen einzigen Antrag gestellt habe, der auch nachher einstimmig angenommen worden sei. „Was da alles in der Zeitung gestanden hat von Anträgen, die ich gestellt hätte und die abgelehnt worden seien, das ist ja alles Schwindel.“ In diesem einen Antrag sei der Satz enthalten: „Wir erstreben als Kirchen Jesu Christi eine offene

Welt.“ Zu den Hoffnungen der Welt gehöre es, daß die christlichen Kirchen die Menschheit auf dem Wege zur Freiheit, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe voranbringen.

„Es wird Zeit ...“

Unter Hinweis auf das kürzlich mit der Regierung der sogenannten DDR getroffene Abkommen bemerkte der Bischof wörtlich: „Ich selber habe in aller Öffentlichkeit gesagt, daß ich zu diesem Abkommen stehe, daß ich nicht nach Einzelheiten frage, die da drin stehen. Entscheidend sei, daß alle Dinge, mit dem Staat in freundschaftlicher Aussprache erledigt werden. Es fängt allmählich an, Zeit zu werden, daß sich in diesen Dingen etwas ändert.“

## Schönhals verunglückt

Baden-Baden (ap). Der Theater- und Filmschauspieler Albrecht Schönhals wurde bei einem Autounfall in der Nähe von Baden-Baden schwer verletzt und mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden. Nach Mitteilung der Ärzte besteht für den 70jährigen Schauspieler zwar keine akute Lebensgefahr, doch ist sein Zustand ernst.

## Euratom erhält Dollar

Washington (ap/dpa). Präsident Eisenhower hat ein vom Kongreß gebilligtes Gesetz unterzeichnet, das Zuwendungen in Höhe von 328 Millionen Dollar für die Europäische Atomenergiegemeinschaft (Euratom) vorsieht. Die Zuwendungen erfolgen zum Teil als Anleihe, zum Teil als Geschenk.

## Notaufnahme wird beschleunigt

### Verfahren teilweise im Bundesgebiet — Kaserne freigegeben

Berlin (Eigenbericht). Zur Unterbringung von etwa 2000 Flüchtlingen aus der Sowjetzone in Westberlin hat Bundesbevollmächtigter Dr. Vockel dem Berliner Senat Teile der Gardeschützen-Kaserne in Lichterfelde zur Verfügung gestellt. Die Räumlichkeiten werden bereits entsprechend hergerichtet. Diese Maßnahme wurde, wie bereits angekündigt, erforderlich, da die Westberliner Lager wegen des ständig angestiegenen Flüchtlingsstroms gegenwärtig überfüllt sind. Gleichzeitig ordnete Bundesvertriebenminister Oberländer an, daß das Notaufnahmeverfahren in Berlin beschleunigt und für einen Teil der Flüchtlinge im Bundesgebiet übernommen wird. Um den Flüchtlingsstau in Berlin möglichst zu mindern, sollen die Länder die ihnen zufallenden Flüchtlinge ohne Zeitverlust übernehmen.

Zum Ansteigen der Flüchtlingszahlen wurde in Senatskreisen ergänzend betont, man müsse sich jetzt mit der Änderung des sogenannten Verteilerschlüssels beschäftigen. Während früher etwa 50 Prozent der Flüchtlinge nach Westberlin und die übrigen 50 Prozent über die Zonengrenze in das Bundesgebiet kamen, flüchteten jetzt etwa 80 bis 85 Prozent der Flüchtlinge nach Westberlin. Berlin sei es jedoch unmöglich, einen noch größeren Prozentsatz der Flüchtlinge hierzubehalten.

Einer Bitte des Senats entsprechend, haben sich einige Bundesländer bereits bemüht, die vorgesehene Abflugquote der Flüchtlinge aus Westberlin einzuhalten. Besonders Baden-Württemberg soll „aufgeholt“ haben. Die Berliner Lager sind gegenwärtig etwa zu 30 Prozent überbelegt. Vor dem Abgeordnetenhaus wird der Regierende Bürgermeister Brandt am Donnerstag eine Erklärung zur Flüchtlingssituation sowie auch zum Grenzängerproblem und zu den Erschwerungen des Reiseverkehrs abgeben.

### Besorgnis in Bonn

Über die Lage in Mitteldeutschland führten der Bundesminister für gesamtdeutsche

Fragen, Lemmer, und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. Krone, eingehende Besprechungen. Lemmer will sich auch mit den anderen Bundestagsfraktionen in Verbindung setzen. Voraussichtlich wird der Bundestag bei seiner ersten Sitzung nach den Parlamentsferien, die Anfang Oktober in Berlin stattfindet, zu den Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjetzone Stellung nehmen.

Ein offizieller Schritt der Bundesregierung in Moskau soll vorerst nicht geplant sein. Wie verlautet, hat Botschafter Kroll den Dauerauftrag, die sowjetische Regierung immer wieder auf die untragbaren Verhältnisse in der Sowjetzone hinzuweisen. Von unterrichteter Seite wurde darauf hingewiesen, daß Kroll das sprunghafte Steigen der Flüchtlingszahlen erneut zum Anlaß genommen haben dürfte, um die sowjetische Regierung auf die gefährliche Situation aufmerksam zu machen, die sich aus der Teilung Deutschlands und den Methoden des Sowjetzonenregimes ergibt.

### Althilologe geflüchtet

Berlin (dpa). Einer der wenigen Althilologen von Rang in der Sowjetzone, Prof. Erich Reitzenstein, der seit 21 Jahren den Lehrstuhl für klassische Philologie an der Universität Halle innehatte und erst vor einiger Zeit zum Fachrichtungsleiter ernannt worden war, ist nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses freizeithilflicher Juristen nach Westberlin geflüchtet. Als Grund gab er den zunehmenden Druck der SED auf Wissenschaft und Forschung an.

Außerdem haben, wie das Bundeshaus in Westberlin bekanntgab, der Direktor des Röntgen-Radium-Institutes der Medizinischen Akademie Erfurt, Prof. Karl Weber, und der Direktor des Erfurter Hygiene-Institutes, Prof. Hans-Jürgen Otte, bei den Notaufnahmehörden in Westberlin um Asyl nachgesucht. Weiter flüchteten der Senftenberger Bergbau-Dozent Dr. Abendroth, der

Oberassistent für Körpererziehung an der Martin-Luther-Universität Halle, Martin Krüger, und der Erfurter Dozent für Pädagogik, Karlheinz Zapf, in die Bundesrepublik.

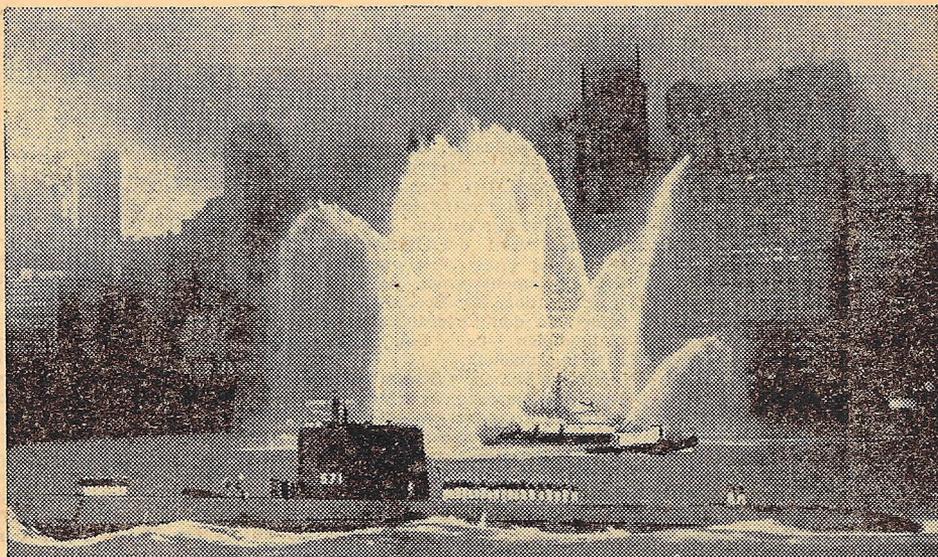
### Flucht im Auto

Eschwege (dpa). Mit dem Auto seines Stiefvaters ist ein 19-jähriger junger Mann aus einem thüringischen Zonengrenzort über die Grenze nach dem Westen geflüchtet. Er stellte den Wagen neben einen Beobachtungsposten der Volkspolizei ab, bat diesen, auf das Fahrzeug aufzupassen und begab sich mit einer Hacke zum Schein aufs Feld. Als sich der Vopo entfernt hatte, sprang der junge Mann in den Wagen, raste durch das unwegsame Gelände über den Grenzstreifen und blieb wenige Meter hinter der Grenze mit dem Fahrzeug liegen. Ein Traktor aus der Bundesrepublik konnte das Auto jedoch noch freiziehen, bevor die Volkspolizei zurückkehrte. Als der junge Mann sich in Wanfried beim Zoll meldete, konnte er dort bereits ein Telegramm in Empfang nehmen, in dem sein Stiefvater die glückliche Flucht der übrigen Familienmitglieder nach Westberlin mitteilte.

### Ausgangssperre in Paris

Paris (ap). Im Zuge der Maßnahmen gegen die algerische Terrorkampagne im französischen Mutterland hat die Polizei für alle in Paris lebenden Nordafrikaner eine nächtliche Ausgangssperre angeordnet. Nur in besonders begründeten Ausnahmefällen werden von der Polizei Sonderausweise ausgestellt. Zur gleichen Stunde, als diese Anordnung bekanntgegeben wurde, eröffneten algerische Terroristen in der Nähe des Pariser Ostbahnhofes das Feuer auf eine Gruppe von Fallschirmjäger-Urlaubern. Einer der Soldaten wurde schwer verletzt.

Der große Erdölbrand im Treibstofflager Mourepiane bei Marseille, der vor einer Woche durch einen Sprengstoffanschlag algerischer Terroristen ausgelöst worden war, ist jetzt endlich gelöscht worden.



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Mit Wasserfontänen begrüßten die Feuerlöschboote des New-Yorker Hafens das amerikanische Atom-U-Boot „Nautilus“ bei seiner Rückkehr von der erfolgreichen Unterquerung der Polar-Eiskappe. — Unten: Mit leichten Verletzungen kam ein Flugschüler der Deutschen Lufthansa davon, als er seine Übungsmaschine bei Wischhafen (Elbe) auf diese nicht ganz planmäßige Weise zu Boden brachte.

